

Die Amsel

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amsel“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Gesichts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Fünfundzwanzig Jahre Verbandskassierer.

Am 20. Juli dieses Jahres ist unser Kollege Wilhelm Herden fünfundzwanzig Jahre Verbandskassierer. Sicher bringt ihm aus diesem Anlaß die gesamte Kollegenschaft die herzlichste Gratulation dar. Sie gebührt ihm auch in vollem Maße; denn als Verbandskassierer und als Kollege hat er sich Anerkennung und Ehre im Laufe seiner aufopferungsvollen Vertretungstätigkeit verdient.

Diese fünfundzwanzig Jahre bedeuten ein halbes Menschenalter im Dienste der organisierten Porzellanarbeiter und der allgemeinen Arbeiterbewegung und unser Jubilar hat sie nicht anders aufgefacht als eine Pflichterfüllung für den Verband. Er füllte damit fast die Hälfte seiner Lebenszeit aus, da er im 55. Lebensjahre steht.

Seine Menschenlaufbahn begann unser Wilhelm Herden am 16. Februar 1871 als Sohn eines armen schlesischen Webers in Peuker bei Habelschwerdt in Schlesien. Schon in seinen Kinderjahren durchkostete er das Schicksal der nur zur Arbeit Geborenen. Als Sechzehnjähriger kam er mit seinem zwei Jahre jüngeren Bruder als Malerlehrling in die Porzellanfabrik Königszelt in Königszelt (Schlesien) und stand somit fern von daheim und als Beschützer des Bruders auf eigenen Füßen. Nach der fünfjährigen Lehrzeit nahm er eine Malerstellung bei der Firma Krüger in Waldenburg an, wo er bis zu seiner Berufung zum Verbandskassierer arbeitete. Verbandsmitglied wurde er 1894. Im Jahre 1896 betrauten ihn die Kollegen der Zahlstelle Waldenburg mit dem Schriftführer- und noch im gleichen Jahr mit dem Zahlstellenkassiererposten, den er bis 1900 inne hatte. 1899 nahm er als Delegierter an der Generalversammlung in Rudolfsdorf teil. Seine Kassierergeschäfte in Waldenburg erledigte er so prompt, daß er vom Hauptvorstand nebenher mit der Regelung der Kassierergeschäfte in Altwasser zeitweise beauftragt wurde. Diese Tätigkeit nahm viele Abendstunden und auch die Sonntage in Anspruch, aber das hielt ihn nicht ab, Verbandspflichten unter persönlichen Zeitopfern zu erfüllen. Für den Verband tat er, was in seinen Kräften stand.

Als im Jahre 1900 bestehende Differenzen zwischen dem Verbandsvorstand und dem früheren Verbandskassierer Bey zu dessen Kündigung führten und Bey auf der aus diesem Anlaß einberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine



Wiederwahl ablehnte, mußte zur Wiederbesetzung des Kassiererpостens geschritten werden. Die zur Erledigung der Streitigkeiten einberufene außerordentliche Generalversammlung wählte am 6. Juli den nicht an ihr teilnehmenden Kollegen Wilhelm Herden zum Verbandskassierer. Er nahm auf telegraphische Anfrage die Berufung auf diesen Posten an und kam am 20. Juli nach Berlin.

Seit jener Zeit versieht unser heut Gefeierter seine verantwortungsvolle Tätigkeit in unermüdlicher und gewissenhafter Weise und zur Zufriedenheit der Mitgliedschaft. Wenn hier und da verärgerte Kritik behauptet, unser Wilhelm sei in manchen Dingen Bürokrat, so wird darauf verwiesen, daß ihn seine Erfahrungen im Laufe seiner Tätigkeit als Kassierer veranlaßten, sich durch peinliche Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit auch in den kleinsten Dingen vor Zweifeln und vor Ränken zu schützen. Dieser Zug im Wesen unseres Verbandskassierers schmälert in keiner Weise die Anerkennung der Verdienste, die er sich im Laufe seiner fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit für den Verband erworben hat. Diese Feststellung kann mit Freuden gemacht werden.

Aber auch sonst hat er innerhalb des Verbandes immer hervorragend mitgewirkt, ihn zeitgemäß zu erhalten und für seine gestellten Aufgaben kampffähig zu gestalten. Und wenn fernerhin unsere Organisation vor wichtige Ereignisse gestellt sein wird, die sie vorwärts bringen, so kann mit Bestimmtheit auch auf die Mitarbeit unseres Jubilars gerechnet werden.

In Uebereinstimmung der gesamten Organisation beglückwünschen wir den Kollegen Wilhelm Herden zu seinem Ehrentage und wünschen ihm, er möge noch viele Jahre mit der gleichen körperlichen Frische, der alten Hingabe, der Unermüdlichkeit, dem unbeugsamen Arbeitswillen und dem Stolz des organisierten Porzellaners seine Aufgabe erfüllen und seine Kassierergeschäfte erledigen. Die Anerkennung der Organisation ist ihm auch in Zukunft sicher.

Agrarzölle und Industrie.

In den Verhandlungen, die der Kartellrat des Reichswirtschaftsrates unter Hinzuziehung von landwirtschaftlichen Sachverständigen über die Agrarzölle führte, spielte die Frage der „Preisfrage“ eine wichtige Rolle. Während von agrarischer Seite behauptet wurde, daß die Schere noch weit auseinanderläge, daß also die Preise der von der Industrie gelieferten landwirtschaftlichen Produktionsmittel (Kunstdünger, Geräte usw.) viel höher über den Vorkriegsstand lägen, als die vom Landwirt erzeugten Produkte (Getreide, Kartoffeln usw.), wurde von seinen unbefangenen Sachverständigen behauptet, daß diese Preisfrage sich bereits geschlossen habe. Man konnte sogar zeigen, daß z. B. ein 50-kg-Sack Stroh-Motoröl, in Roggen gerechnet, vor dem Kriege rund 2000 Rentner kostete, jetzt dagegen nur 1100. Nunmehr ist es einem der damals vernommenen Sachverständigen, Dr. Waade, gelungen, nicht nur an einzelnen Beispielen, sondern allgemein gültig nachzuweisen, daß die Schere sich nicht nur geschlossen hat, sondern bereits nach der anderen Seite, zugunsten der Landwirtschaft, geöffnet ist.

In Nr. 15 der „Landwirtschaftlichen Provinz Sachsen“ hatte Herr von Lüning eine Zusammenstellung von Durchschnittsergebnissen veröffentlicht, aus der die Aufwendungen der Landwirte für industrielle Produktionsmittel je Hektar hervorgehen sollten. In die Zusammenstellung waren Wertsteigerungen von 23 bis 3000 Hektar einbezogen, also alle Größenklassen, mit Ausnahme der Klein- und Kleinstbetriebe und alle Hohenqualitäten von der Größe bis zum Gutsfeld und den armen Sandböden östlich der Elbe. Diese Aufstellung, die also von Landwirtsch. Seite stammt und deshalb von ihr auch anerkannt werden muß, bildet die Grundlage für den von Dr. Waade berechneten Vergleich. In der für die Preisentwicklung der einzelnen Produktionsmittel, die er in seiner Berechnung benötigte, nahm Dr. Waade die Indexzahlen, die ihm das Statistische Reichsamt überließ, und stellte mit Hilfe dieses Zahlenmaterials nunmehr fest, daß der Durchschnittspreis der vom Landwirt benötigten Produktionsmittel sich um nur 12 v. H. gegenüber dem Vorkriegsstand erhöht hat.

Ausgaben pro ha Jahr 1924 nach „Lüning“	Anteil an der Gesamt- ausgabe umgerechnet auf 1913	Index Mai 1925
Gegenstand	1913	1925
Düngemittel	57,21	92,9
Pharmazeutische Präparate	2,72	188,1
Landwirtschaftliche Kraftfuttermittel (außer pflanzlichen)	1,21	124,3
Reem- und Seilstoffe	13,59	122,9
Kraft- und Leuchtstoffe	13,92	115,3
Reparatur-Material, Maschinen- und Geräteeinsatz	93,68	142,4
Werkstoffe	13,74	131,3
Gesamt	186,17	111,73

Demgegenüber haben sich nach einer vom Statistischen Reichsamt berechneten Indexzahl die Agrarergebnisse im Mai 1925 um 90 v. H. (nach dem Index vom 10. Juni 1925 gar um 34 v. H.) erhöht, so daß die Schere jetzt mit 16 v. H. zu Gunsten der Erzeugnisse der Landwirtschaft geöffnet ist. Dies überraschende Ergebnis erklärt sich leicht daraus, daß die bisherigen Abschätzungen den großen Anteil der Kunstdüngermittel an den Ausgaben der Landwirtschaft (über 50 v. H.) nicht genügend in Rechnung gestellt hatten.

An dieses Zahlenmaterial knüpft Dr. Waade höchst bemerkenswerte Schlussfolgerungen. Da die gesamte landwirtschaftliche genutzte Fläche in Deutschland rund 30 Millionen Hektar beträgt und nach den v. Lüning'schen Angaben der Stickstoffverbrauch pro Hektar sich auf etwa 40 Kilogramm Reinstickstoff belaufen würde, so würde der deutsche Reinstickstoffverbrauch etwa 1,2 Millionen Tonnen ergeben, also das Vierfache des bisher höchsten Gesamtverbrauchs (1923: 300 000 Tonnen). Nimmt man an, daß die von Lüning zur Grunde gelegten Betriebe auch bei den übrigen Produktionsmitteln den Reichsdurchschnitt um das Vierfache übertreffen, so würde der Durchschnittsverbrauch von Produktionsmitteln je Hektar nicht 136,17 Mt., sondern nur rund 34 Mt. ergeben, der gesamte jährliche Verbrauch der deutschen Landwirtschaft an industriell erzeugten Produktionsmitteln (bei 30 Millionen Hektar) also einen Wert von rund 1 Milliarde Mark betragen.

Dieser Summe stehen die Mehreinnahmen gegenüber, die der Landwirtschaft aus denollerhöbungen für Agrarzölle zufließen werden. Da es nach den Angaben des Statistischen Reichsamts in Deutschland etwa 10 Millionen Haushaltungen gibt, die nicht Selbstversorger sind, da ferner nach der Berechnung der „Gewerkschaftszeitung“ (Nr. 27, Seite 373), die Dr. Waade zugrunde legt, der untermündelste Familienverwalter jährlich eine Mehreinnahme von mindestens 150 Mt. für die Lebensmittelaufnahme hat, ergibt sich eine Gesamteinnahme der Konsumenten von 1 1/2 Milliarden Mark. Nach Brentanos Berechnung (die ebenfalls in der „Gewerkschaftszeitung“ erwähnt ist) flossen vor den Getreidezöllen 1907 nur 12 v. H. der Reichskasse zu, 88 v. H. gingen in die Taschen Privater. Nimmt man selbst an, daß jetzt 20 v. H. in die Reichskasse wandern werden, so bleiben von den 1 1/2 Milliarden immer noch vorzüglich gerechnet, 1,2 Milliarden, die der Landwirtschaft zufließen.

Die Summe also, die der Landwirtschaft an künstlicher Kraftsteigerung durch die Zölle auf Kosten der Konsumenten zugewandt werden soll, ist demnach größer als die bisherige Gesamtausgabe der Landwirtschaft für industriell erzeugte Produktionsmittel: sie übertrifft diese Summe um ein volles Fünftel.

Dieser Zahlengegenüberstellung kommt eine ganz außerordentliche Bedeutung zu. Hatte sich bisher die Industrie stark für Agrarzölle eingesetzt, weil sie von der Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft einen entsprechenden Ersatz für den verloren gegangenen Auslandsmarkt erhoffte, so werden ihr die von Dr. Waade errechneten Zahlen recht deutlich

vor Augen führen, daß eine „Stärkung des inneren Marktes“ auf diesem Wege nicht zu erreichen ist. Ganz abgesehen davon, daß die Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft ja auf Kosten einer Kaufkraftminderung der Lohn- und Gehaltsempfänger geschieht, also nur eine Kaufkraftverschiebung darstellt, ist es gänzlich ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft, die bislang nach Dr. Waades Berechnung jährlich für eine Milliarde industriell erzeugte Produktionsmittel verbrauchte, nunmehr für 1,2 Milliarden mehr verbrauchen, ihren Verbrauch an derartigen Produkten also unvermindert um mehr als das Doppelte steigern könnte. Mit der Befürwortung von Agrarzöllen setzt somit die Industrie ihre Bemühungen um die Gesundung des inneren Marktes an einem falschen Punkt an.

IV. Wohl aber kann die Industrie, wie Dr. Waade weiter ausführt, auf anderem Wege an einer Ertragssteigerung der Landwirtschaft teilnehmen. Hatte der Anteil der Provinz Sachsen den durchschnittlichen Reinstickstoffverbrauch in Deutschland (und daher wohl auch die Gesamtaufwendungen an industriellen Produktionsmitteln) um das Vierfache übertroffen, so würde eine Intensitätssteigerung der gesamten Landwirtschaft um denjenigen Betrag, um den die Provinz Sachsen bislang voraus ist, der Industrie nicht mehr jährlich eine Milliarde als Gegenwert für ihre Erzeugnisse zuführen, sondern rund 4 Milliarden. Wie kann die Industrie diese im Überbieten verborgene Mehrkraft von 3 Milliarden heben? Oder: warum bleibt der tatsächliche Verbrauch der Landwirtschaft an Industrieerzeugnissen hinter dem möglichen zurück?

Man könnte theoretisch an die Möglichkeit denken, daß der hohe Intensitätsgrad der führenden landwirtschaftlichen Betriebe angesichts der augenblicklichen Preisverhältnisse eigentlich gar nicht gerechtfertigt sei, daß diese Betriebe also eine Verlustwirtschaft treiben. Bedenkt man aber, daß unsere Landwirtschaft vor dem Kriege bei den damaligen Zöllen nach ihren eigenen Angaben in kräftiger Blüte stand, daß jetzt ohne Zölle die Preisfrage gar zu ihren Gunsten geöffnet ist, so ist es offensichtlich, daß die augenblicklichen Preisverhältnisse sogar noch zu einer weiteren Intensivierung ermuntern müssen.

Wenn also der Verbrauch der Betriebe im Durchschnitt nur ein Viertel des Verbrauches der intensiv betriebenen Betriebe beträgt, so schließt Dr. Waade seine Ausführungen, „dann ist der Grund dafür nicht in einer zu hohen Intensität der führenden, sondern in einer zu geringen Intensität der durchschnittlichen Betriebe zu suchen. Die gegenwärtige Preislage bietet sämtliche Voraussetzungen zur allgemeinen Intensitätssteigerung. Was einer solchen Steigerung gegenwärtig im Wege steht, ist lediglich die ungenügende Ausbildung bei der überwiegenden Mehrheit der Landwirte. Nicht die Preise müssen eine künstliche Korrektur durch Zölle erfahren, nicht die Kaufkraft der Landwirtschaft muß auf Kosten der Verbraucher künstlich gesteigert werden, sondern die Landwirte müssen durch einen Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und durch eingehende Betriebsberatung

etwa nach dem Vorbilde Dänemarks, dahin gebracht werden, ihren eigenen Vorteil zu erkennen und die Intensität auf dasjenige Maß zu heben, für das der moderne Stand der Technik und die gegenwärtigen Preisverhältnisse alle Voraussetzungen bieten. Hier liegt der entscheidende Punkt, an dem die Industrie ihre Bemühungen einsetzen mußte, um eine wirklich organische Belebung des inneren Marktes zu erreichen."

Die Preisschere.

Preisexperimente auf Kosten der Arbeiterschaft.

Bis in den Sommer 1924 hinein lagen die Agrarpreise, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, weit unter Friedensstand, während die Industriepreise, die Preise für industrielle Waren, viel teurer als im Frieden waren. Es zeigte sich also ein bedeutender Unterschied zwischen den Industrie- und Agrarpreisen. Volkswirtschaftlich hat man diesen Unterschied als „Preis-schere“ bezeichnet. Diese geöffnete Preisschere bedeutete für die Landwirtschaft ohne Zweifel eine empfindliche Verteuerung der Gesehungslosten und eine Gefährdung der Rentabilität, da sie alles, was sie zur Produktion brauchte, sehr teuer bezahlen mußte; dagegen konnte sie für ihre Produkte nur Preise erzielen, die nicht im Verhältnis zu den aufgewendeten Produktionskosten standen. Die Preisschere äußerte sich besonders in einer Verknappung der Betriebsmittel. Auf diese Tatsachen läßt sich jene Krise zurückführen, die die Landwirtschaft im Herbst 1923 und im ersten Halbjahr 1924 durchmachte. Man bezeichnet sie kurz als Agrarkrise.

Mit der geöffneten Preisschere beendete die Landwirtschaft heute noch die Tendenz einer Steigerung der Agrarpreise, die besonders mit Hilfe des Agrarsubsidiums herbeigeführt werden soll. Dabei vermag die Landwirtschaft aber, daß durch eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere durch die Freigabe der Getreideausfuhr im Sommer 1924, sich die Preisverhältnisse in Deutschland völlig verändert haben. Man kann heute nicht mehr von einer geöffneten Preisschere sprechen. Die Agrarkrise ist überwunden. Wir veranschaulichen das durch folgende Zusammenstellung. Es kosteten:

	Jahresdurchschnitt	Mai 1913	1924	1925
Landwirtschaftliche Betriebsmittel				
Reichsbankdiskont	100	170	150	
Frachten	100	169	161	
Strohballen	100	138	132	
Schleifische Großsteinkohle	100	133	122	
Mais	100	125	164	
Superphosphat	100	137	126	
Thomasmehl	100	116	112	
40% Kalidüngesalz	100	102	107	
Kleine Maschinen und Geräte	100	141	122	
Seide und Webwaren	100	164	115	
Geschirre und Schuhe	100	148	188	
Landwirtschaftliche Erzeugnisse				
Roggen	100	98	133	
Butter	100	131	136	
Schmalz	100	78	95	
Schweine	100	117	119	
Mähren	100	197	168	

Aus unserer Aufstellung geht hervor, daß die landwirtschaftlichen Betriebsmittel, also alle Waren, die die Landwirtschaft zu ihrer Produktion braucht, gegenüber dem Jahre 1913 sehr hoch im Preise standen. Das gilt noch für den Durchschnitt des Jahres 1924. Dagegen liegen die Preise für die Agrarartikel am weitesten unter dem Stand von 1913. Hier kommt die geöffnete Preisschere zum Ausdruck. Wir sehen weiter, daß sich schon im Mai 1925 eine gründliche Wandlung vollzogen hat: die Agrarpreise haben sich gesteigert, während sich die Industriepreise abgeflacht haben. Agrarpreise und Industriepreise haben sich gegähert und zwar in der Weise, daß in der Hauptsache wohl die Agrarpreise gestiegen sind. Bekanntlich ist diese Entwicklung von der amtlichen Wirtschaftspolitik stark gestützt und gefördert worden. Die Regierung wollte auf diese Art und Weise die Agrarkrise zum Abschluß bringen. Sie wählte aber dabei den verkehrtesten Weg. Richtig wäre es gewesen, die Industriepreise zu senken. Man wäre so in Deutschland zu einem niedrigen Preisstand gekommen, der besonders die lebenswichtigen Waren aus dem Ausland begünstigt hätte. Wir hätten so auf jeden Fall die Kaufkraft der letzten beiden Jahre vermieden. Indem man aber die Agrarpreise steigerte, um eine Annäherung zwischen Industrie- und Agrarpreisen zuwege zu bringen, erhöhte man in Deutschland allgemein das Preisniveau. Bekanntlich führte die Heraufhebung des Preisniveaus zu einer starken Minderung der Kaufkraft und zu einer empfindlichen Störung im Warenablaß. Man hatte also in Wirklichkeit für die Agrarkrise eine allgemeine Wirtschaftskrise eingetauscht.

Das Ende dieser allgemeinen Wirtschaftskrise ist vorläufig gar nicht abzusehen. Vor allem äußert sie sich in der Störung des Warenablaßes nach dem Auslande, da das Preisniveau Deutschlands für das Ausland viel zu hoch ist. Das seltsame an dieser Wirtschaftskrise ist aber, daß sie automatisch

Lebensmittelzölle

bedeuten Lebensmittelteuerung.

bedeuten, daß jeder Haushalt im Durchschnitt mehr als 150 Mark, mehr als 10% seines Einkommens für die groß-agrarische Grundrente opfern muß.

bedeuten ein Geschenk an die Junker von mehr als 1 Milliarde Mark im Jahr.

bedeuten eine Minderung des Gesamtertrages der Volkswirtschaft.

bedeuten also nicht Schutz der nationalen Arbeit, sondern die Verkümmern der nationalen Arbeitskraft durch Unterernährung und ihre allgemeine Auspowerung.

Industriezölle

bedeuten nicht höhere Löhne, sondern

bedeuten Monopolgewinne der Wenigen,

bedeuten die Ausbeutung der Verbrauchermassen,

bedeuten nicht gehobene Lebenshaltung, sondern

bedeuten die Verteuerung aller Kulturbedürfnisse der Massen,

bedeuten die Vernichtung des inneren Marktes,

bedeuten die Schwächung der Weltmarktfstellung der wichtigsten deutschen Industrien.

Wehrt Euch also gegen die Schutzzölle!

eine neue Agrarkrise auslösen muß. Das wird naturgemäß bedingt durch die Preisentwicklung, besonders durch die Entwicklung der Kleinhandelspreise. Selbstverständlich mußte die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, wie wir sie nach Beendigung der Agrarkrise festgestellt haben, eine Steigerung der Kleinhandelspreise und damit eine Verteuerung der Lebenshaltung auslösen. Es kosteten:

	Jahresdurchschnitt	Mai 1913	1924	1925
Lebensmittelfleinhandelspreise				
Brot	100	111	136	
Roggenmehl	100	117	145	
Butter	100	161	147	
Margarine	100	82	112	
Rindfleisch	100	106	127	
Schweinefleisch	100	166	168	
Möhren	100	188	168	

Die Kleinhandelspreise, die in noch stärkerem Maße als die Industriepreise, auch schon während der Agrarkrise über Friedensstand lagen, haben sich mit den steigenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen weiter erhöht. Der Abschluß der Agrarkrise wurde also auf Kosten der Verbraucher, der Kaufkraft der Bevölkerung durchgeführt. In dieser Verminderung der Kaufkraft liegen aber die Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrise und die Anfänge der kommenden Agrarkrise. Die erhöhten Kleinhandelspreise wirkten sich natürlich auf die Lebenshaltung der Bevölkerung in der Weise aus, daß sie ihren Bedarf einschränkte. Der Lebensunterhalt läßt sich aber nur bis zu einer gewissen Grenze einschränken. Ist diese Grenze erreicht, so müssen automatisch Lohnerhöhungen ausgelöst werden, die wiederum die Gesehungslosten in der Industrie steigern müssen. In Deutschland ist die Grenze schon seit langem erreicht. Wenn man jetzt durch den Agrarsubsidium in Deutschland die Agrarpreise weiter steigern will, um eine Agrarkrise zum Abschluß zu bringen, die in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden ist, so muß sich dieses Experiment ohne weiteres in eine Lohnerhöhung und damit in eine Verteuerung der industriellen Gesehungslosten umsetzen, und zwar werden die Lohnerhöhungen und die Verteuerungen der Gesehungslosten sehr bedeutend sein müssen, da sich erfahrungsgemäß jeder Agrarsubsidium in stärkerer Weise bemerkbar macht, je niedriger der Lohnstand eines Landes an und für sich ist. Der Versuch, die Agrarpreise durch Subsidien zu steigern, bedeutet also stark erhöhte Industriepreise. Damit hätten wir wieder den Unterschied zwischen Agrar- und Industriepreisen: die Preisschere wäre wieder geöffnet.

Fehlt es der feinkeramischen Industrie an Geld?

Die feinkeramische Industrie gab bei den letzten Lohnverhandlungen die Meinung kund, kein Wonnig Lohnerhöhung könne ausgetan werden, weil sie keine Lasten mehr zu tragen imstande wäre. Angeblieh herrscht großer Kreditmangel, Geld fehlt, Abblähwierigkeiten machen sich bemerkbar, und wie die Markmale der ungünstigen Lage der Industrie alle genannt werden.

Das Geschäftsjahr 1924 war für die feinkeramische Industrie sicher kein glänzendes, ja nicht einmal ein normales.

Einblick einmal in die primitive Geschäftsführung und dann in den Unterschiedscharakter jener Organisationen gibt.

Der Bienenmeister wurde nach diesen Artikeln alle halbe Jahre gewählt. Wer die Wahl ablehnte, hatte ein halbes Pfund Wachs als Strafe zu zahlen. Er mußte die Wahl annehmen, wie sehr er sich auch sträubte, „hoch vorbestaltlich der Zustimmung der Meisterchaft“. Das Fehlen des Kampfscharakters kommt in dieser Bemerkung deutlich zum Ausdruck.

Wie wurden die Beiträge zum vom Verbandskassierer erhoben? Der Bienenmeister mußte alle 14 Tage herumgehen, den „Wochenpfennig“ zu sammeln. Aber er sollte „bei der Gelegenheit nichts aus der Bienenkassette verzeihen“. Wer dem Bienenmeister zwei Pfennige schuldig blieb, der mußte zwei Pfennige Strafe zahlen. „Wer dem üblichen Verbandsbeitrag nicht mehr als Pfennig einen Pfennig in die Verbandskasse zahlte, der war in die Stadt gesehoben, war, brachte 14 Tage nicht zu Hause“. Dann aber begann seine Beitragszahlung, nachdem er als Einlage „zwei Pfennige Strafe“ gegeben hatte. Wer dann Straußel und Wochenbeitrag dem Bienenmeister nicht gezahlt hatte, der durfte nicht länger in der Stadt arbeiten.

Bei ihrem Gibe mußten die Bienenmeister ihre Rechnung vor der Bienenkassette ablegen und bei ihrem Gibe wurde sie nicht mehr als einen Schilling aus der Bienenkassette nehmen. Auch mußten sie bescheiden, daß sie von jedem den Verbandsbeitrag gefordert hatten. Im ganzen Rechnungswesen gab es also nicht „Schilling“, was bei den kleinen Organisationen, deren Mitglieder sich kannten, auch leichter möglich war. Von diesem Verbandsgebe hatte der Bienenmeister dann die Franken Stellen zu unterstellen, die Spitalkosten aufzubringen und die Begräbniskosten zu tragen. Wenn die Gefellen gegen die Meister vor Gericht gehen wollten, so heißt es ausdrücklich: „dann sollen sie die Kosten aus ihrem Säckel bestreiten und nicht aus der Bienenkassette“.

Der reine Unterwürfigkeitscharakter, dem der Kampfscharakter ausdrücklich genommen war, mußte mit der steigenden Proletarisierung, die schon im 15. Jahrhundert einsetzte, mehr und mehr den kämpferischen Aufgaben weichen. Je näher wir dem Ausgang des Mittelalters kommen, um so mehr nahm die städtische Handwerksindustrie an Bedeutung zu, um so mehr wuchs damit die Zahl der Arbeitskräfte. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts machte die Zahl der Gefellen in den deutschen

und doch waren eine Anzahl Firmen in der Lage, Bauten zu führen zu lassen, die nicht in allen Fällen zur Steigerung der Produktion und zur Hebung der Betriebsrentabilität notwendig waren.

So ließ in Regensburg die Firma Carl Schumann, Regensburg, einen Neubau errichten, in dem eine Wandfabrik untergebracht werden sollte. Ferner ist die Erweiterung der Dreherei in Angriff genommen worden.

In Erbenburg baute die Firma Hans Schrems, Regensburg, zwei Defen mit den dazugehörigen Räumllichkeiten und verdoppelte damit den Betrieb.

Die Firma Harraz Nachf., A.G. für Porzellanindustrie vorm. Borchert & Fröhlich in Regensburg, verlor sich mit neuen Maschinen. Zul. Eintr. Harraz im gleich. Ort war in der Lage, eine neue Schmelze und eine neue Mühle zu erstellen zu lassen.

In Regensburg konnte die Firma Arno Fischer eine neue Mühlenmühle erbauen und die Firma Mehler & Oetloff einen neuen Brennofen mit Gebäude in Angriff nehmen lassen.

In Regensburg hat die Firma Riebler & Bernhart ihren Betrieb umgebaut. Die Firma Adalbert Wed und die Firma Wed & Glaser am gleichen Ort führen einen Neubau aus.

Die Porzellanfabrik Künzels A.G. in Regensburg nahm größere Neubauten für Büros und Musterzimmer mit druckhafter Ausstattung vor.

Eine neuerstandene Porzellanfabrik für elektrotechnische Artikel in Regensburg hat sich verdoppelt ihren Betrieb durch einen Neubau. Wie dieser Betrieb ohne eingearbeitetes Personal, befaßt mit allen Kinderkrankheiten, die Konkurrenz ab eingerichteter Werke bei den angeblich so stark gedrückten Verkaufspreisen zu bestehen vermag, ist einerseits ein Rätsel, andererseits läßt es erkennen, daß mit der Herstellung irgendeiner Porzellanart Geld wie Heu verdient werden muß, sonst könnte nicht gebaut werden.

Die Porzellanfabrik F. Gebelstein A.G. in Regensburg erweiterte ihren Betrieb durch einen Neubau.

Die Porzellanfabrik Neufisch A.G. in Regensburg hat nach Fertigstellung eines weiteren Brennofens mit dem Bau eines Betriebsgebäudes begonnen.

Bei der Firma Winterling & Co. in Marktzeitz ist der Betrieb durch den Ausbau mehrerer Defen und das dazugehörige Gebäude erweitert worden.

Geb. Paris, Porzellanfabrik in Oberkühn, baute ein Wohnhaus mit Autoschuppen, ein neues Fabrikgebäude und ließ zurzeit einen Ausbau mit Brennofen errichten.

Die Porzellanfabrik A.G. Rudolstadt in Rudolstadt verbesserte ihren Betrieb durch Um- und Neubau.

E. & M. Müller, Porzellanfabrik in Schwarza, ließ Grundstücke und führte ein neues Gebäude darauf auf.

In Schwarzenbach baut die Porzellanfabrik Eschall Nachf. seit Jahren an der Erweiterung der Fabrikanlagen und Wohnhäuser. Gegenwärtig ist wieder ein großer Neubau in Angriff genommen, in dem ein Tunnelofen eingebaut werden soll.

Die Porzellanfabrik Schumann & Schreiber in Schwarzenbach war 1924 imstande, einige Defen mit Gebäuden errichten zu lassen.

Die Porzellanfabriken in Selb lassen Wohnhäuser herstellen, frohne Willen erbauen. Krauthelm & Adelberg nahm einen Neubau in Angriff.

In Wobitz führte die Firma Selmann einen dreistöckigen Neubau auf für Mühlenmühle und Lager für Rohstoffe.

Bei der Firma C. Dielsch in Waldenburg-Altwasser war während gebaut, weil sie einen Teil ihrer Gebäude aus bautechnischen Gründen verlegen muß. Ihr dritter Tunnelofen wurde 1924 fertig.

Die Firma Hoberländer in Windisch-Geschenbach konnte 1924 eine bedeutende Betriebsvergrößerung ermöglichen, ihre Ofenzahl von vier auf sechs erhöhen und ein neues Gebäude für Malerei, Baderie und Lager errichten.

Die Fabrikanlagen der Porzellanfabrik Bavaria in Ullersricht bei Weiden konnten von vier auf sechs Defen erweitert werden und eine Verdoppelung ist für das Jahr 1925 in Aussicht genommen.

Die im Jahre 1924 vorgenommenen und im Bau befindlichen Um- und Neubauten lassen erkennen, daß es der feinkeramischen Industrie wahrlich nicht so schlecht gehen kann, wie es vielfach von den Unternehmern und ihren Vertretern hingestellt wird. Wie wäre es sonst möglich, daß soviel Geld zu den teuren Zinsen zu Betriebsvergrößerungen von den Gelbkassierten zur Verfügung gestellt würde. Es ist auch kaum möglich, daß die zu Bauten verwendeten Mittel Kapital aufgewendet sein können; deshalb muß angenommen werden, ein großer Teil des Geldes war Eigenkapital, erarbeitet von den darlehenden Porzellanern. An sich wäre die aus den Darlehen hervor gehende Aufwärtsbewegung der Porzellanindustrie erfreulich, wenn sie nicht ganz auf Kosten der Arbeiterschaft vor sich gehen würde. Die Kaufkraft der Arbeiterschaft wurde infolge der Inanspruchnahme der Unternehmer für andere Dinge so stark beschränkt, daß die Arbeiter und alle Händler, Handwerker und sonstigen Geschäftskreise in den Porzellanindustriegebieten darunter litten, und darin liegt der Krankheitskeim.

Vom Bienenmeister zum Verbandskassierer.

Eine wesentliche Aufgabe zur Erhaltung der organisatorischen Kraft ist die Führung der gewerkschaftlichen Kassenangelegenheiten. Das gilt für die modernen Organisationen der Arbeiterbewegung, wie es für die Organisationen der früheren Zeiten gegolten hat. Daß der Verbandskassierer einer modernen Organisation jedoch eine andere Aufgabe zu bewältigen hat als der Kassierer der Organisationen aus der ersten Geschichte der Organisationsbewegung und daß der heutige Apparat zur Erhaltung der finanziellen Kraft der Organisation mit der primitiven Regelung des Kassenwesens vergangener Zeiten nicht verglichen werden kann, ist natürlich. Aber auch die grundsätzliche Verschiedenheit der modernen Gewerkschaftsorganisationen von den Organisationen aus der Zeit ihrer ersten Werbung kommt zum Ausdruck. Die Kassenwesen sind aus dem Kassenwesen der modernen Organisationen, zu denen sich die wirtschaftlich unabhängigen Verbände haben, sind Kampfsorganisationen. Sie erkennen die soziale und kulturelle Hebung der Lage der Arbeiterbewegung. Sie suchen im Gegensatz zum Unternehmertum, das seine eigenen Interessen in einseitiger Entschiedenheit wahr, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, ob sie Kaufmannsleute sind, oder sie suchen damit die Entwicklung des sozialen Rechts herbeizuführen.

Schon ein Aufwärtsstreben zu sozialem Recht kannte die Brüderlichkeit des Mittelalters, von denen wir etwas über das Kassenwesen wissen. Diese proletarischen Organisationen suchten aus von Fall zu Fall die Erhaltung des Bestehenden und hatten im übrigen die Aufgabe, die Mitglieder in Fällen der Not zu unterstützen, eine Aufgabe, die von den modernen Organisationen gewiss auch, doch nicht als das Wesentliche ihrer Existenz erfüllt wird. Dafür gibt es heute besondere Organisationen, die Krankenkassen usw. Damit muß der Kassenunterchied notwendigerweise im Kassenwesen zum Ausdruck kommen.

Die alte Kasse, die das Kassenwesen dieser mittelalterlichen Brüderlichkeit betraf, finden wir aus dem Jahre 1389. Da wird von einem Bienenmeister der Beherrenschichte gesprochen, der die Kasse, die Bienen, der Brüderlichkeit zu verwalten hatte. Die weiteren Nachrichten über das Kassenwesen der Brüderlichkeit kommen aus dem 15. Jahrhundert.

Aus diesem Jahrhundert ist uns ein Statut erhalten, das in besonderer Weise die Kassenangelegenheiten regelt und aus einer

Städten im Durchschnitt kaum ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus, aber ihre Zahl wuchs durch die Bedürfnisse der städtischen Industrie durch Zuwachs von außerhalb recht bedeutend. Die Zahl derer, die aus einer Entfernung über 20 Meilen, a. B. nach Frankfurt gekommen waren, hatte sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts um 50 Proz. gegen die erste Hälfte des Jahrhunderts vermehrt. In Hamburg hat es durch diesen Zufluss um 1500 schon rund 20 Proz. der Bevölkerung an Armen gegeben.

Diese zunehmende Proletarisierung ergab von selber die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Unternehmerinteressen und die Furcht der kämpfenden Brüderlichkeit, deren Reime wir in den mittelalterlichen Trinkstuben finden, während die Unterführungsbrüderlichkeit auf den Kirchenbesuch zurückzuführen sind.

Das Kassenwesen dieser Kampfsbrüderlichkeit war natürlich auch primitiv, aber es hatte einen den Kirchenbrüderlichkeit entgegengesetzten Charakter. Darum wurden die Kirchenbrüderlichkeit von der Obrigkeit gebührt. Die Brüderlichkeit der Trinkstuben aber wurden von der Obrigkeit um so mehr bekämpft, je mehr die wirtschaftliche Entwicklung die Notwendigkeit des Kampfes zum Ausdruck brachte. Dort war der Bienenmeister der Ausdruck der Harmonie, des Einflusses in die Wünsche des Arbeitgebers. Hier war die Kasse das Spiegelbild der widerstrebenden Interessen, von denen die Brüderlichkeit die Arbeitnehmerinteressen zu wahren suchten, genau so wie die Arbeitgeber einseitig ihre Interessen zu wahren bestracht waren.

Es ist der Gegensatz der Arbeiterorganisationen, wie er sich bis heute erhalten hat. Dort der Gedanke der Anpassung, hier der Gedanke des wirtschaftlichen Kampfes um das Recht. Doch wie schon jene kleinen Organisationen vor einem halben Jahrtausend nicht existenzfähig waren ohne die Tätigkeit ihres Bienenmeisters, so sind erst recht die großen Arbeiterorganisationen unserer Tage in ihrer kämpferischen Leistungsfähigkeit abhängig von ihrer finanziellen Kraft, und je mehr sich dieses Kapital zum Kampfe aufzukammelt, eine um so bedeutungsvollere Rolle spielt in diesem weltgeschichtlichen Kampfe um Recht und Zukunft der finanzielle Untergrund. Die Verbandsbeiträge sind damit die Felsen zur starken Wurzel, aus der sich der Sieg reden kann.

Die Kollegenschaft kann daraus ersehen, daß sie von den Unternehmern, wenn sie vertragliche Lohnaufbesserungen verweigern, ihre Rechte verlangen können. Das Jahr 1925 war bisher für die feinkeramischen Industriellen günstig, nur nicht für die Arbeiter. Darum muß diese mit zäher Energie in den Betrieben den heuchelnden Unternehmern abringen, was ihr zurecht zusteht.

Maß der Industrievertretern deutlich verständlich, daß die Lage der Industrie für die Arbeiter auskömmliche Löhne gestattet, und die Arbeiter und Arbeiterinnen sie haben müssen zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Die Reichsverfassung schreibt im § 165 die Errichtung des Reichswirtschaftsrates, der Reichswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates vor. Von diesen wurde nur der letztere als vorläufiger Reichswirtschaftsrat im Jahre 1920 aufgestellt. Seit fünf Jahren arbeitet nun dieser „vorläufige“ Reichswirtschaftsrat. Obwohl bereits vor fünf Viertel Jahren Schritte zur Aufstellung des endgültigen Reichswirtschaftsrates ausgearbeitet wurden, ist dieser noch immer nicht ins Leben gerufen worden. Inzwischen wurde der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1924 abgebaut, indem sowohl sein Wirkungsbereich wie sein technischer Apparat erheblich geschnitten wurde. Gelegentlich des jüngst stattgefundenen Kongresses des Völkerverbundes in München hat nun der anwesende Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums die baldige Fertigstellung des Entwurfes zur Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrates angekündigt. Auf dem Kongress selbst beschäftigte sich ein sehr eingehendes Referat Otto Schweizers mit dieser Frage. Die Arbeitnehmer haben in Bezug auf den Reichswirtschaftsrat und die Mitbestimmung wichtige Forderungen: Sie müssen energig fordern, daß gleichzeitig mit dem Ausbau der oberen Stufe, das heißt des Reichswirtschaftsrates, auch die untere Stufe der Berufsvertretung endlich ausgebaut werde. Die heute bestehenden Industrie- und Handelskammern, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sollen durch die paritätische Vereinigung der Arbeitnehmer ergänzt werden. Bekanntlich streben sich die Unternehmer gegen die Erfüllung dieser berechtigten Forderungen. Sie würden gern die Kammern der Arbeitnehmer — Arbeiter- und Angestelltenkammern, wie sie in Bremen und im Bergbau bestehen — zubügeln, in der Annahme, daß diese zur Ohnmacht verurteilt würden. Von paritätischen Kammern, wo sich die Arbeitnehmer an den gut eingerichteten Berufsvertretungen beteiligen würden, wollen sie nichts wissen. (Nur die Handelskammern erklärten sich zur Herannahung der Geleiten in die Kammern bereit, aber auch nur für Vorklärungsfragen.) In Bezug auf den Reichswirtschaftsrat muß aber gefordert werden: Er soll wirklich paritätisch sein und darf nicht durch das Ernennungsrecht des Reichsrates zum Nachteil der Arbeitnehmer verschoben werden. Der Reichswirtschaftsrat soll das Recht haben, seine Anregungen vor den gesetzgebenden Körperschaften zu vertreten. Durch die Rechte des Reichswirtschaftsrates dürfen freilich die der parlamentarischen Volksvertretung nicht geschmälert werden. Eine berufständische Umgestaltung der Verfassung kann im Interesse der Arbeitnehmer nicht angestrebt werden. Die Gesetzgebung soll dem Reichswirtschaftsrat rechtzeitig, noch bevor sie vom Reichskabinett gutgeheißen worden sind, vorgelegt werden, damit er nicht vor endgültiger oder schwer abzuändernder Tatsachen gestellt werde. Die Arbeitnehmer können ihre Forderungen mit um so größerem Nachdruck vertreten, als es sich beim neuen Entwurf um eine Verfassungsänderung handelt, die nur mit Zweidrittelmehrheit des Reichstages beschlossen werden kann. Bei der Verabschiedung des Gesetzes werden also die Oppositionsparteien den entscheidenden Einfluß haben.

Wie sollen die Konzerne abgebaut werden?

Der Weg zum Abbau der Konzerne, vor allem des Stinnes-Konzerns, ist die Abstoßung von Aktienpaketen der Konzernunternehmungen. Wer soll aber die Aktienpakete kaufen? Zum Teil werden die Banken ihre Mittel dafür verwenden. Ihnen wird es recht sein, in den Besitz von großen Industrieunternehmungen zu gelangen, um ihre frühere Marktposition über die Industrie zurückzugewinnen, was ihnen dank der Weltknappheit der Industrie bereits zum größten Teil gelungen ist. Zumal können sie die Aktienpakete zu sehr niedrigen Preisen erwerben und werden deshalb sicherlich nicht unzufrieden sein, wenn die Kurse gewisser Aktien an der Börse fallen und wenn ihre Kunden sich ihrer Aktien zu den gebührten Kursen entziehen. Indessen ist die Aufnahmefähigkeit der Banken beim gegenwärtigen Stande der Kapitalbildung beschränkt. Der Mittelstand ist nicht in der Lage, Aktien zu kaufen. Dazu kommt, daß die Wirtschaft im Aktienwesen, die Enteignung der Aktionäre durch die Minderheiten der Großaktionäre und des Vorstandes das Vertrauen des aktienbesitzenden Publikums erschüttert, es vom Aktienkauf abgelenkt haben. Angesichts der Unverfänglichkeit der Aktien denkt man deshalb vielfach an die Veräußerung der Substanz selbst, das heißt der Unternehmungen mit ihrer ganzen Ausrüstung, was von dem Erwerb der Aktien der verschiedenen Unternehmungen recht verschieden ist. Aus dem Erlös des Substanzverkaufs könnte man die eigenen Aktien des Konzerns aufkaufen und diese vernichten, um damit die Sanierung der Unternehmungen ohne großen Verlust anzubahnen. Indessen können sich die Konzerne zu dieser Sanierungsmethode schwer entschließen. Im übrigen kämen als Käufer sowohl der Unternehmungen wie der Aktien heute vor allem nur Ausländer in Betracht, insofern diese in die Zukunft der deutschen Unternehmungen Vertrauen setzen. Eine neue Ueberfremdung der deutschen Unternehmungen kann daher trotz der Stamm- und Schutzpaktien eintreten. Diese haben nur ihren bescheiden Sondervorteil auf Kosten der kleinen Aktionäre verschafft, die Ueberfremdung können sie aber nicht verhindern.

Die Spekulationsverluste des Handels und die Kapitalknappheit der deutschen Wirtschaft.

Die Steigerung der Kapitalknappheit ist ein große Gefahr für die Volkswirtschaft. Sie führte bereits zu umfangreichen Produktionsbeschränkungen und droht in eine Vertrauenskrise auszuarten, mit den verhängnisvollen Folgen, die wir im Sommer des vorigen Jahres erfahren haben. Daran waren die amerikanischen Kredite noch nicht in Fluß gekommen, der Dawes-Plan war noch unerledigt, zur Steigerung der Kapitalknappheit hatte aber — wie noch in Erinnerung steht — die mangelhafte Zankenspekulation, die vornehmlich vom Metallhandel geführt wurde, erheblich beigetragen. Riesige Summen, ungefahr 500 Millionen Mark, gingen an der Zeit ins Ausland, um die Verluste abzudecken. Die gegenwärtige Lage zeigt viel Ähnlichkeit mit der vorjährigen. Die amerikanischen Kredite, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres reichlich nach Deutschland einströmten, bleiben aus, ja es liegt die Gefahr nahe, daß ein großer Teil der kurzfristigen amerikanischen Anleihen gefällig wird. Die Möglichkeit dieser Abzügen im Fall einer Vertrauenskrise war eine Gefahr, mit der man seinerzeit nicht genügend gerechnet hat. Auch haben sich die Spekulationsverluste wieder eingestellt. Bereits im April erlitt der Getreidehandel riesige Spekulationsverluste. Beim jüngsten Sturz der Weizenpreise entstanden umfangreiche

Leidet die Landwirtschaft Not?

Nein — sagt die Wissenschaft —

Denn vor dem Kriege konnte der Landwirt für 2300 Zentner Getreide nur 2100 Motorpflüge kaufen, jetzt kann er für die gleiche Menge Getreide 3200 Motorpflüge kaufen!

Vor dem Kriege konnte der Landwirt mit einem Zentner Getreide nur 4 Kilogramm der vier wichtigsten Düngemittel kaufen, jetzt kann er mit dem gleichen Zentner Getreide 6 Kilogramm kaufen!

Es ist also nicht wahr,

daß die „Preisshere“ zugunsten der Industrie geöffnet ist!

Es ist ferner nicht wahr,

daß die „Preisshere“ geschlossen ist!

Wahr ist vielmehr,

daß die „Preisshere“ mit 16% zugunsten der Landwirtschaft geöffnet ist!

Darum:

Fort mit den Lebensmitteljöllern!

Spekulationsverluste in Textilhandel und -industrie. Angeblich haben zum Sturz des Stinnes-Konzerns die Spekulationsverluste des Hugo Stinnes jun. sehr erheblich beigetragen. Es wird gesagt, daß die Spekulationsverluste, die von umfangreichen Spekulationskäufen zu Del (von der amerikanischen Sinclair-Gruppe) und Wolle herrühren, sich auf etwa 50 Millionen Goldmark belaufen. Derartige Beträge sind bei der gegenwärtigen Kapitalausstattung Deutschlands geradezu ungeheuer hoch. Oesterreich und Ungarn müssen beim Völkerverbund beisteuern, damit ihnen ungleich geringere Beträge zur Behebung ihrer Wirtschaft aus der Völkerverbundkasse freigestellt werden. Die Spekulationsverluste entstanden aus Warenkäufen mit dem Ausland, und deshalb müssen die nach dem Ausland gewanderten Kapitalien den ohnehin schon schwachen Kapitalmarkt noch weiter einengen.

Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 29. und 30. Juni 1925.

An der Sitzung nahmen teil die Vizepräsidenten Jouhaux, Mertens und Leppart, sowie die Sekretäre Dudgeest, Sassenbach und Brown. Der Vorsitzende Purcell war wegen Wahlagitation in England entschuldigt.

Unter anderem wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Gegen die immer stärker auftretende Reaktion in Italien, durch die die Tätigkeit der uns angeschlossenen Organisationen schwer gehemmt wird, soll scharf protestiert und die Arbeiterschaft aller Länder auf die unhaltbaren Zustände in Italien aufmerksam gemacht werden. — Die Beratung des Antwortschreibens des Russischen Gewerkschaftsrates bezüglich des Anschlusses der russischen Gewerkschaften an den IGB wurde wegen Abwesenheit des Vorsitzenden Purcell auf dessen, vom Generalrat der englischen Gewerkschaften unterstützten Antrag hin bis zur nächsten Vorstandssitzung verschoben. — In Bezug auf Schutzzoll und Freihandel wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den Schutzzoll wendet. — Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat eine Einladung erhalten, eine Studienkommission nach China zu entsenden und diese Einladung an den IGB weiterzugeben. Da die jetzige Lage in China kaum zur Vornahme von Studien geeignet ist, auch die Kostenfrage eine große Rolle spielt, wurde die Entscheidung vertagt, um erst nähere Auskünfte einzuziehen. — Anträgen der Kommunistischen Internationale, der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Internationalen Arbeiterhilfe wegen einer gemeinsamen Unterstützungsfaktion für China konnte aus verschiedenen Gründen nicht entsprochen werden. Dagegen hat der Vorstand beschlossen, bei den ihm bekannten chinesischen Gewerkschaften Informationen einzuholen, ob und in welchem Umfang Hilfe gewünscht wird und möglich ist.

Es wurden folgende Delegationen beschlossen: Zum Gewerkschaftskongress in Belgien: Dudgeest; zum Gewerkschaftskongress in Frankreich: Dudgeest; zum Gewerkschaftskongress in Deutschland: Mertens; zum Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter: Brown; zum Kongress der Internationalen Lederarbeitervereinigungen: Jouhaux; zum Internationalen Sozialistenkongress: Dudgeest; zum Internationalen Friedenskongress in Paris: Jouhaux und Sassenbach.

Die Einladung des „Comité International de la Croix Rouge“ mußte leider abgelehnt werden, da zur selben Zeit in Amsterdam eine Ausschusssitzung des IGB stattfindet. — Die nächste Vorstandssitzung wurde auf den 17. und 18. August festgesetzt und in Aussicht genommen, am 6. und 7. Oktober eine Sitzung des Vorstandes mit den Internationalen Berufssekretariaten und am 8., 9. und 10. Oktober eine Ausschusssitzung abzuhalten.

Wirtschaftliches.

Die Reichsbank am Halbjahresabschluss. Bekanntlich zeigen die Wochenübersichten der Reichsbank zum Monatschluß immer eine gewisse Anspannung. Dies tritt besonders am Monatswechsel in Erscheinung. Der Zahlungsmittelumsatz betrug am 30. Juni einschließlich der Scheidemünzen und der Privatbanknoten Bayern, Sachsen, Württemberg, rund 4790 Mill. Mk. Letzter Mai betrug der Zahlungsmittelumsatz 4786 Mill. Mk. Die gesamten Ausleihungen stellten sich am 30. Juni auf 1737 Mill. Mk. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen betrug am 30. Juni 57,2 v. H., die Deckung durch Gold allein 42,9 v. H. Der Goldbestand betrug am Halbjahreschluß 1 061 717 Mt.

Lebenshaltungskosten für die Lebenshaltungskosten. Die Lebenshaltungskosten nahmen im ersten Halbjahr 1925 nach der neuen Berechnungsmethode folgende Entwicklung:

Durchschnitt 1924	1.000
Februar 1925	1.356
März 1925	1.360
April 1925	1.367
Mai 1925	1.355
Juni 1925	1.383

Der Index für die Lebenshaltungskosten zeigte also eine steigende Tendenz. Es waren namentlich Lebensmittel, die die Lebenshaltungskosten ausmachten. Nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ liegt die Gruppe Lebensmittel 4,5 Proz. über dem Stand am Ende Mai. Die Gruppe Lebensmittel übersteigt die Gruppe industrielle Endprodukte im Preise, die soviel behandelte Preissteigerung, auf die sich die Rohstoffe der Landwirtschaft hauptsächlich aufbauen, ist also geschlossen oder schon nach der anderen Seite auseinander gegangen. Am höchsten im Preise steht nach wie vor die Gruppe Textilwaren und Leder. Deren Indexwert beträgt nach der „Frankfurter Zeitung“ 159,58.

Die Konkurrenz im ersten Halbjahr 1925. An Konkurrenz wurden im ersten Halbjahr 1925 im ganzen 4824 angemeldet, gegen 1136 im demselben Zeitraum 1924 und 180 im ersten Halbjahr 1923. Die Steigerung gegenüber den Vorjahren ist recht erheblich, doch dürfte die Vereinfachung der Wirtschaft auch dadurch noch nicht zur Gänze erfolgt sein.

Genossenschaftliches.

Die Macht der Arbeiterschaft als Konsumenten. In der deutschen Wirtschaftsgeschichte gab es noch nie eine Zeit, wo die Konsumenten in ihrer Gesamtheit eine so große Macht besaßen als heute. Die Fabrikanten und Händler sind gezwungen, wollen sie ihre Ware los werden, große Mittel für Werbung auszugeben. Die Werbekosten sind natürlich ungeheuer teuer. Dadurch wird die volkswirtschaftliche Produktion nicht unwesentlich belastet. Es ist bedauerlich, daß diese neue Situation im allgemeinen wenig oder garnicht beachtet wird. Würde die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Macht als Konsumenten erkennen, dann könnten ganz andere Druckmittel auf die Fabrikanten und Händler angewandt werden. Es ist überhaupt eigentümlich, daß das Wirtschaftsmittel der Organisation im Wirtschaftsleben so einseitig angewandt wird. Die Unternehmer sind in Kartellen und Syndikaten zum Teil sehr straff organisiert. Die Händler haben sich ebenfalls zu starken Verbänden zusammengeschlossen — und die Konsumenten? Sie lauern am allergrößten Teil wild herum. Dies wäre verstanden, wenn nicht schon seit 60 Jahren vorzügliche Konsumentenorganisationen in den Konsumentenvereinen bestanden. Hier gerade in der Zeit, da die Konsumenten die Macht in der heutigen Zeit zur Anwendung zu bringen!

Genossenschaftlicher Wiederaufbau. Von der zwar sehr langsamen, aber doch spürbaren Aufwärtsentwicklung der deutschen Konsumentenvereine liefert ein Vergleich der Mitgliederzahlen von 45 größeren und mittleren Thüringer Konsumentenvereine für das erste Vierteljahr 1924 und 1925 einen Beleg. Während nämlich die Mitgliederzahl infolge Säuberung der Listen von Konsumturmilitärs der Zwangswirtschaftszeit von 195 140 auf 191 052 zurückging, stieg der Umsatz von 7 678 863 Mk. auf 9 967 410 Mk. Nur zwei Vereine wiesen einen geringen Minusumsatz auf, bei den übrigen betrug die Zunahme 2,2 bis 216,4 Proz.

Die Großhandelsvereine deutscher Konsumentenvereine hat ihre Büchsenfabrik aus den bisherigen, ganz unzulänglichen Räumen in Schönheide (bei Eisenberg) nach Stühlingen (Erbach) verlegt, wo der Betrieb am 1. Juli aufgenommen wurde. Das Gebäude ist eine ganz hervorragende architektonische Leistung und wohl das schönste Fabrikgebäude des ganzen Erbachkreises. Auch die innere Einrichtung ist in jeder Beziehung vorbildlich. Arbeitsräume wie die dortigen kannte die Büchsenindustrie bislang nicht. Es ist eine Ehrenpflicht der Verbraucher, für recht umfassende Beschäftigung dieses einig dastehenden Betriebes zu sorgen.

Bemischtes.

Das Zeugnis von Upton Sinclair. Die vom Alkoholkapital beeinflusste Presse behauptet immer wieder, daß die Alkoholverbottung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bisher wirkungslos geblieben sei. Demgegenüber sei Upton Sinclair, einer der gelehrtesten Schriftsteller, kürzlich an eine Frau in Prag geschrieben hat: „Der Versuch mit einem Alkoholverbot wird zuerst in den Vereinigten Staaten durchgeführt. Selbstverständlich können die tief eingewurzelten Volksgewohnheiten nicht in fünf Jahren geändert werden, und gewiß kommen sehr viele Uebertretungen des Gesetzes vor. Aber wesentlich ist, daß die arbeitenden Klassen heute keine geistigen Getränke kaufen; das macht es weniger aus, ob sich ein Bruchteil der reichen Millionäre mit solchen zugrunde richtet. Ich bin überzeugt, daß es mit der Zeit gelingen wird, das Gesetz wirksamer durchzuführen und daß schließlich eine Nation, die sich vom Alkohol befreit hat, den Sieg davon tragen wird über Völker, die dem Alkoholekzess nicht entsagen können.“

Was jedermann vom deutschen Bier wissen muß. Unter dieser Ueberschrift hat der Deutsche Brauer-Wund ein altes Flugblatt mit unglücklich richtigen Behauptungen neu herausgegeben. So wird dort gesagt, daß kein geringerer als der große Chemiker Liebig das Bier als „flüssiges Brot“ bezeichnet habe. Demgegenüber kann festgesetzt werden, daß Liebig in Wahrheit in seinen „Chemischen Briefen“, 6. Auflage, Seite 216, gesagt hat: „Eine Messerspitze voll Weizen ist in Bezug auf die Blutbildung nährhafter, als fünf Maß des besten bayerischen Bieres.“

Von der Keramikindustrie.

Erhöhung der Steingutpreise. Ab 1. Juli 1925 sind die Rohstoffe um 5 Proz. herabgesetzt worden und außerdem tritt eine Preiserhöhung um teilweise 40 Proz. ein. Von der Preiserhöhung werden hauptsächlich Wappgarnituren betroffen. Die Arbeiter erhielten in der Mehrzahl gar keine Lohnerhöhung, ein kleiner Teil nur 7 und 9 Proz., und die Unternehmer gehen mit ihren Verkaufspreisen gleich bis zu 40 Proz. hoch. Das nennt man Geschäft. Die Arbeiter der Steingutindustrie wird sich ihren Anteil an der Preiserhöhung auch holen müssen, sonst sinkt sie immer mehr ins Elend.

Eine Schauermappe. Ende Juni und anfangs Juli ging folgende Nachricht durch einen Teil der Presse: „Die Industrie elektrotechnischer Porzellans leidet, insbesondere soweit Porzellan für Schwachstrom in Frage kommt, noch immer unter einer schweren Abwärtsentwicklung. Zahlreiche Firmen, die sich während der Inflationskonjunktur auf die Herstellung elektrotechnischer Porzellans umgestellt hatten, belasten noch immer die Branche, da eine zweite Umstellung weitere Kapitalien erfordert, und auch keine bessere Aussicht bieten würde. Der Export ist durch die Hochkurse geradezu unmöglich gemacht. Betragen doch die Röhren teilweise 50 bis 100, sogar 200 Proz. des Wertes. Abbau dieser Röhren ist das einzige handelspolitische Ziel, von dessen Erreichung man eine neue Belebung erhoffen kann, insbesondere da, wo — z. B. Italien — unter den unnatürlichsten Bedingungen eine Konkurrenzindustrie künstlich großgezogen wurde. Auch die Industrie von anderem technischen Gebrauchsgeschaffen, wie Fliesen, Platten und dergleichen, leidet sehr unter dem Darniederliegen des Baugewerbes. Zahlreiche kleinere Werke der Porzellanindustrie arbeiten nicht mehr. Auch Tafelporzellan findet nur ungenügenden Absatz, und Aufträge für Luxus- und Kunstporzellan sind fast gar nicht zu erhalten. Etwas besser ist die Lage für die wenigen großen Porzellanfabriken, die elektrotechnisches Porzellan für Hochspannungswerke herstellen; hier kann auch ein gewisses Exportgeschäft aufrechterhalten werden.“ — Für die eigentliche Porzellanindustrie wäre es erfreulich, wenn der erste Teil der Notiz zutreffen würde, damit die Inflationsbetriebe endlich verschwinden würden. Leider ist es nicht so und die zahlreichen kleineren Werke der Porzellanindustrie arbeiten alle noch auf Kosten der Beschäftigten. Die Industrie von anderem technischen Gebrauchsgeschaffen, wie Fliesen, Platten und dergleichen, besteht in der Porzellanindustrie überhaupt nicht. Es scheint, als daß ein Unkündiger den Zettel an die Wand gemalt.

